

Haushaltsrede 2005

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute hier eine „normale“ Haushaltsrede zu halten, ist leider nicht möglich. Der Haushaltsplan mit den Steuersätzen und der mittelfristigen Finanzplanung soll normalerweise die Gestaltung der städtischen Angelegenheiten durch den Rat vorgeben. Die Stadtverordneten sollten die Entwicklung der Stadt aufzeigen und der Bürgerschaft den Rahmen für das städtische Leben vorgeben. Der Haushalt 2005 kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden: Er zeichnet kaum Entwicklung vor, er bedeutet eher Stillstand und Zurückentwicklung. Wir befinden uns, ich habe es schon häufiger formuliert, auf einer finanziell schiefen Ebene. Wir alle, im privaten wie im öffentlichen Bereich sind dabei, lieb gewonnene Standards abzusenken. Unsere Fraktion hat dieses schon früh kommen sehen. Die Erinnerung an bessere Zeiten und das Wissen, dass es so nicht weitergehen kann, führt dazu, dass viele Bürger die Realitäten nicht wahr haben wollen.

Was sind die Ursachen für diese Entwicklungen? Eine offene Welt mit globalen Märkten, eine demographisch negative Entwicklung und eine Politik, die hierauf nicht angemessen reagiert! Die entscheidenden politischen Daten hat Rot-Grün zu verantworten. "Wir wollen alles besser machen, wir wollen die Arbeitslosenzahlen halbieren. Wir wollen Wachstum schaffen."

Herausgekommen sind 5-6 Millionen Arbeitslose, also keine Arbeit für die Menschen, Förderung der Schwarzarbeit (s. Visa-Affäre) und eine Staatsverschuldung ohne Ende, kein Wachstum, aber jede Menge Pleiten, zu geringe Steuereinnahmen und Städte und Gemeinden, die vor Ort den

Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr die Leistungen anbieten können, die ein geordnetes Gemeinwesen auszeichnet. Löcher in den Straßen, Schulen, die nicht richtig unterhalten werden, Bausubstanz, die an Wert verliert, weil die Unterhaltung nicht gewährleistet wird. Aber, was sicherlich noch viel wichtiger ist: die gerade in unserer sich wandelnden Gesellschaft erforderliche soziale Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen kann nicht in der erforderlichen Intensität und in dem erforderlichen Umfang geleistet werden.

An dieser Stelle wird im Hinblick auf die Lüdinghauser Verhältnisse sicherlich eingewandt werden, dass die Stadt Lüdinghausen wie auch andere Städte im Kreis durch den Ausfall der Gewerbesteuern durch einen großen Gewerbesteuerzahler leidet. Dieses Faktum, das sicherlich mehr als ärgerlich ist, ist jedoch nicht geeignet, die politische Bewertung unserer Haushaltskatastrophe zu beschönigen. Zum einen sind ja diese Entwicklungen, die hinter den Gewerbesteuerausfällen stecken, gerade Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Denn die ausbleibenden Gewerbesteuern sind letztlich durch die wirtschaftliche Flaute verursacht. Zum anderen dürfen wir nicht vergessen, dass die jetzigen Gewerbesteuerausfälle jedenfalls zu einem erheblichen Teil durch die Schlüsselzuweisungen in der Zukunft ausgeglichen werden. Ob dies nun 60% oder 80% sind, mag dahinstehen. Der Kämmerer, den ich zu diesem Komplex befragt habe, hat mir versichert, dass eine sichere Prognose insoweit nicht möglich ist. Aber wir können davon ausgehen, dass ein nennenswerter Anteil demnächst die Schlüsselzuweisungen erhöhen wird.

Aber selbst wenn wir uns die Gewerbesteuerausfälle insoweit wegdenken, bleibt die Haushaltskrise im Wesentlichen in gleicher Weise bestehen. Bund und Land, abgekürzt Rot-Grün, haben massenhaft Gemeinden und Städte in den finanziellen Notstand getrieben.

Dies ist die bittere Wahrheit.

Wie sieht nun der Haushalt 2005 aus? Dem Verwaltungshaushalt fehlen Einnahmen, wie es sich ein solider Kämmerer in normalen Zeiten nicht vorstellen könnte. Der Vermögenshaushalt verdient seinen Namen nicht mehr.

Der Stadt Lüdinghausen fehlen zunächst nicht etwa nur 4 Mio. € im strukturell unausgeglichenen Verwaltungshaushalt. Dies ist ja nur die Zahl, nachdem die Anforderungen im Verwaltungshaushalt drastisch zusammengestrichen worden sind. Der Bürgermeister hat in seiner Rede hierauf hingewiesen. Bei der Durchsicht in den Fachausschüssen wurde jedem klar, dass die Ansätze deutlich gegenüber den Anforderungen zurückgefahren sind. Der notwendige vernünftige Finanzbedarf ist also noch erheblich höher anzusetzen. Darüber hinaus ist hier unstrittig, dass die erforderlichen für die Belebung der Wirtschaft dringend notwendigen Investitionen auch hier in Lüdinghausen nicht vorgenommen werden können.

In welcher Situation wir uns befinden, zeigt das Beispiel der Steverseitenwege. Die Stadt Lüdinghausen, ein Mittelzentrum, ist nicht in der Lage, ohne sich zu verbiegen, ihren Bürgern sichere Wege an der Steuer vorzuhalten, weil sie die finanziellen Mittel hierzu nicht hat.

So ist das, wenn Kommunen vor die Wand gefahren werden.

Trotz der knappen Ansätze im Verwaltungshaushalt kann der Haushaltsausgleich nur herbeigeführt werden, indem weitgehend die der Stadt zur Zeit zur Verfügung stehenden Grundstücke verkauft werden und die Verkaufserlöse zum Ausgleich verwandt werden. Nachdem das Rechnungsergebnis 2004 immerhin einen Betrag von 525.000 € in der allgemeinen Rücklage belassen hat, sind jetzt hier noch rd. 3,9 Mio. € Grundverkaufserlöse für die Zuführung vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt vorgesehen. Es bestehen in unseren Reihen erhebliche Zweifel, ob diese Beträge zu erzielen sind. Hier können wir

gelassen sein, da die Vermögenswerte vorhanden sind und früher oder später ihren finanzwirtschaftlichen Zweck erfüllen werden. Der unverhoffte Rücklagenrest aus dem Jahr 2004 ist in 2005 schon wieder komplett aufgezehrt. Positiv bleibt anzumerken, dass die Stadt im Jahr 2005 noch ohne eine Neuverschuldung auskommt und auch der Kreditrahmen für 2004 nicht voll ausgeschöpft werden musste.

Wir alle wissen, dass dieses Vorgehen, Konsum durch Vermögen zu finanzieren, äußerst problematisch ist. Angesichts der Notlage, in der die Stadt sich befindet, halten wir diesen Weg für vertretbar. Allerdings ist es nicht sicher, ob im Laufe des Haushaltsvollzuges der Ausgleich auch wirklich realisiert werden kann. In diesem Fall haben Kämmerer und Bürgermeister die Verpflichtung, rechtzeitig durch eine Haushaltssperre auf die Ausgabenbremse zu treten, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwehren.

Der Verwaltungshaushalt entspricht im Wesentlichen den Dimensionen und Ansätzen des Vorjahres. Ich will deshalb hier nicht auf die Einzelheiten eingehen. Wir wissen alle, dass die Einzelpositionen in weiten Bereichen nicht ausreichen. Insbesondere kann der Unterhalt städtischer Immobilien und Straßen in keiner Weise gemäß den Erfordernissen einer vernünftigen Bewirtschaftung gewährleistet werden. Diese Haushaltsansätze führen zu einem schleichenden Substanzverlust, der letztlich zu einer dramatischen Vermögensverschlechterung der Stadt führen wird.

Positiv zu vermerken ist es, dass es dem Haushalt in einigen Bereichen trotzdem gelingt, das städtische Engagement zu halten. Hier sind zu nennen die, wenn auch von jeher niedrige Förderung im sozialen und sportlichen Bereich. Auch die kulturellen Aktivitäten können wie im Vorjahr im Wesentlichen aufrechterhalten werden.

Im sportlichen Bereich kündigt sich jedoch eine gravierende Veränderung an: Der Ansatz von Gebühren auf der Einnahmeseite im Hallenbad bedeutet eine Zeitenwende. Die finanzielle Not zwingt die Stadt, für die Benutzung der Sportstätten Gebühren zu erheben. Dies ist keine Politik, die unseren Grundsätzen und Vorstellungen entspricht. Jedoch sehen wir dies als einen weiteren Schritt, um den finanziellen Nöten Herr zu werden. Dies ist eine schwerwiegende Entwicklung. Es wird darauf ankommen, dass Herr Dr. Scheipers mit den Schwimmvereinen eine ausgewogene Regelung herbeiführen kann, die insbesondere eine unerträgliche Belastung von jugendlichen Schwimmern vermeidet. Zugleich baue ich darauf, dass die Vorstände der Vereine den finanziellen Notwendigkeiten Rechnung tragen und kooperativ eine Lösung zusammen mit der Stadt suchen.

Zwei Bereiche, die neu im Haushalt sind, möchte ich gesondert ansprechen.

Zum einen sind wir sehr froh, dass wir den Einstieg in die ausgeweitete schulische Nachmittagsbetreuung, Stichwort "offene Ganztagschule" geschafft haben. Auch wenn diese Entwicklung in keiner Weise, was die finanzielle Ausstattung durch das Land, als auch die Konzeption angeht, unsere Vorstellung zufrieden stellt, sieht unsere Fraktion trotzdem einen Fortschritt für die Grundschul Kinder, die auf Betreuung am Nachmittag angewiesen sind. Diese Fortentwicklung der Nachmittagsbetreuung ist deshalb zu begrüßen. Wir werden trotz der finanziellen Schwierigkeiten diesen Weg an der Ostwallschule fortsetzen wollen und müssen, da auch an dieser Schule ein hinreichender Bedarf gegeben ist.

Ein weiterer Bereich ist die Betreuung der Arbeitslosengeld II - Bezieher durch unsere Verwaltung im Rahmen des Optionsmodells. Auch wenn die Reform zeigt, dass wiederum eine Mehrbelastung bei den Kommunen verursacht wird, halten wir es für richtig, dass ortsnah durch unser qualifiziertes Sozialamt die Betreuung der Hilfeempfänger durchgeführt

wird. Alles was wir zu diesem Thema bisher gehört haben, deutet darauf hin, dass die städtischen Mitarbeiter in Vermittlung und Betreuung denen der Bundesagentur für Arbeit überlegen sein werden. Ich bin überzeugt, dass die objektiven Zahlen dies auch demnächst belegen werden. Wir wissen, dass die Umstellung eine Mammutaufgabe für die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes war und ist. Umso mehr haben wir ihnen für ihr Engagement zu danken. Es wird sich zeigen, dass diese Aufgabe für das Rathaus und für die Betroffenen ein großer Vorteil sein wird.

Herausheben möchte ich weiter, dass die Stadt mit den Mitteln für die Wirtschaftsförderung beachtliche Anstrengungen unternimmt, um das gewerbliche Leben in Lüdinghausen zur Stärkung des Mittelzentrums zu unterstützen. Ich darf hier aufzählen:

- ✓ Unterstützung des Lüdinghausen Marketing
- ✓ Bereitstellung von Mitteln für Projekte des Stadtentwicklungskonzeptes
- ✓ Erstellung des Innenstadtkonzeptes
- ✓ Leistungen des Baubetriebshofes für das Lüdinghausen Marketing
- ✓ Wirtschaftsförderung durch den Bürgermeister
- ✓ Wirtschaftsgespräche des Bürgermeisters
- ✓ Angebot von attraktiven Gewerbeflächen

Diese Leistungen sind sicherlich herausragend, wenn man die Gesamtsituation des Haushaltes sieht. Man sieht hier, dass dieser Bereich unter dem besonderen Blick des Bürgermeisters steht. Die besonderen Anstrengungen der Stadt in diesem Bereich sind trotz der katastrophalen Haushaltslage gerechtfertigt. Denn nur über eine wirtschaftliche Belebung kann die Gesamtdepression im Land überwunden werden. Wie im letzten Jahr kann ich den Bürgermeister nur ermuntern, auf diesem Weg weiterzumachen. Nur Arbeit schafft Ertrag und damit auch wieder mehr Einnahmen, die die öffentlichen Hände dringend benötigen.

Ein Wort zu den Personalkosten. Hier wollte die FDP-Fraktion ja für die Zukunft eine Sperre einbauen. Wir sind in diesem Punkt dem Bürgermeister gefolgt, der im HFA belegt hat, dass das Rathaus seit Jahren einen sparsamen Personalschlüssel fährt. Auch in diesem Jahr steigen die Personalkosten nur um 0,6%, obwohl die Tarifsteigerung 2% beträgt. Wir können also feststellen, dass die vielfältigen Aufgaben der städtischen Verwaltung eher von zu wenigen erledigt werden müssen. Es ist deshalb an dieser Stelle der richtige Augenblick, Bürgermeister, Beigeordneten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bürgermeisters für ihr Engagement für die Stadt, aber auch für die Zusammenarbeit mit dem Rat zu danken. Wir haben jederzeit den Eindruck gehabt, dass sie alle sich dem Wohl der Bürgerschaft verpflichtet fühlen und sich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Der FDP gehen diese Anstrengungen nicht weit genug. Sie verweigert dem Bürgermeister daher ihre Zustimmung zum Haushalt. So hat sie es im bereits HFA angekündigt. Weil die Gemeinsamkeiten im bürgerlichen Lager deutlich überwiegen (siehe z.B. die Diskussion zur Steuererhöhung) appelliere ich an die FDP in dieser Notlage, fest im bürgerlichen Lager zu stehen und dem Bürgermeister bei seiner schwierigen Aufgabe den Rücken zu stärken. Schließlich war der Bürgermeister auch der Kandidat der FDP im letzten Kommunalwahlkampf!

Die Achillesferse des Budgets ist der Vermögenshaushalt. Er sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 31%. Die vom Bürgermeister vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Wesentlichen Maßnahmen, die zu Ende geführt werden oder es sind kleinere Maßnahmen. Zu erwähnen ist hier besonders die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Seppenrade die zusammen mit der Neubaumaßnahme des DRK Seppenrade durchgeführt werden soll. Weitere dringend benötigte Aufgaben bleiben leider liegen. Die notwendigen Aufträge, auf die die Wirtschaft wartet, können wir nicht erteilen.

Während der Haushaltsplanberatungen wurde im Rat die Frage der Erhöhung der kommunalen Steuern diskutiert. Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Grüne ist, so sehe ich es jedenfalls, bemerkenswert. Er ist auch in gewisser Weise verständlich, zumal alle davon ausgehen, dass das Land zukünftig die fiktiven Hebesätze anheben wird. Die CDU-Fraktion konnte diesen Weg jedoch nicht mitgehen. Wir haben uns für den Weg wirtschaftlicher Vernunft entschieden. Wir brauchen Maßnahmen, die der Wirtschaft das Wirtschaften erleichtert und nicht durch höhere Steuern vor Ort den regionalen Wettbewerb zu unseren Nachteil verschlechtert. Gerade die mittelständische Wirtschaft, die die Arbeitsplätze schafft, braucht unsere Unterstützung. Wenn die Stadt Lüdinghausen mit der vorbildlichen Wirtschaftsförderung durch den Bürgermeister sich im Konzert der notleidenden Kommunen bisher noch recht gut gehalten hat, dann liegt das gerade auch an der Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Wir haben uns deshalb dafür ausgesprochen, die kommunalen Steuersätze so zu belassen, wie sie der Bürgermeister vorgeschlagen hat.

Dies gilt auch für den Stellenplan, den unsere Fraktion ohne weitere Bedenken mit trägt.

Unsere Beratungen haben sich im Schwerpunkt auf die mittelfristige Finanzplanung konzentriert. Wir halten es angesichts der vorgelegten Finanzplanung für die Jahre 2006 - 2008 für notwendig, Hinweise zu geben, wie der vom Bürgermeister vorausgesagte mittelfristige Nichtausgleich des Haushalts vermieden werden kann. Die mittelfristige Finanzplanung von 2006 bis 2008 geht von rund 2,9 Mio. in 2006, rund 2 Mio. in 2007 und rund 1,5 Mio. Euro Haushaltsdefiziten aus. Das heißt, der Kämmerer geht aus heutiger Sicht davon aus, dass die bereits fürchterliche Lage sich weiter verschlechtert. Hierbei sind Einnahmen aus Grundstückserlösen für die Zeit von 2006 bis 2008 in Höhe von zusammen 6 Mio. Euro vorausgesetzt. Zu diesen Defiziten sind hinzu zu rechnen zum einen der Finanzaufwand für die Errichtung der Sportanlage Seppenrade zugleich mit den Altlasten der jetzigen Anlage, die ja zu

vermarkten ist: Reithalle, Lärmschutz Klingendes Spiel und Tennisverein Seppenrade sowie der Festplatz. Zum anderen ist der Aufbau einer angemessenen Rücklage hinzuzurechnen. Bei dieser Rechnung werden die Gewerbesteuern mit 6 Mio. in 2006 und 6,5 Mio. in 2007 und 2008 und die steigende Schlüsselzuweisungen und ein steigender Anteil an der Einkommensteuer vorausgesetzt. Darüber hinaus sieht die mittelfristige Finanzplanung eine Kreditaufnahme von rund 3 Mio. Euro vor. Trotz der erhofften Verbesserungen auf der Einnahmeseite ergibt sich also ein riesiges Loch in den städtischen Finanzen.

Es ist allen Fraktionen klar, wie sich bei den Haushaltsberatungen gezeigt hat, dass dieser Defizit-Cocktail nicht geeignet ist, den Rat zu motivieren, gelassen in die Zukunft zu schauen. Wir haben deshalb frühzeitig auf diesen Punkt unsere Aufmerksamkeit gelenkt. Alle Fraktionen haben dieser Bewertung zugestimmt. Wir haben deshalb im HFA den Beschlussvorschlag eingebracht, dass der Bürgermeister beauftragt wird, zur Verbesserung der mittelfristigen Finanzentwicklung des städtischen Haushalts ein Programm zu erarbeiten. Bei dieser Überprüfung sollen keine Aufgabenbereiche ausgenommen werden. Insbesondere soll untersucht werden, ob in folgenden Sektoren Einsparungen oder Einnahmeverbesserungen erzielt werden können:

- ✓ Schülerbeförderung
- ✓ Bewirtschaftung von Sportstätten
- ✓ Einsparungen bei der Musikschule
- ✓ Einnahmen bei den Parkgebühren
- ✓ Öffentlicher Nahverkehr
- ✓ Verkauf von Grünfläche an Private mit Überwälzung ökologischer Schutzpflichten
- ✓ Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer.

Die Einsparungen, die möglicherweise aufgrund eines solchen Konzeptes erreicht werden können, werden nicht alle Probleme lösen. Sie sind jedoch

bei den vorherrschenden Verhältnissen erforderlich. In diesem Zusammenhang gehört auch die Überlegung, wann der Startschuss für den Bau der Sportanlage Seppenrade gegeben wird. Die städtebauliche Entwicklung ist insoweit im Rat unstrittig. Wir können jedoch den Bau erst dann beginnen, wenn die Kompensation der Finanzierung auf dem Grundstücksmarkt nicht zu einer Gefährdung des städtischen Haushalts führt.

Herr Bürgermeister, wir wissen, dass dieses vom Rat angedachte Konzept zur Verbesserung der städtischen Finanzen das Budget der Stadt Lüdinghausen allein nicht retten kann. Voraussetzung ist viel mehr, dass in Bund und Land sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern. Das heißt, dass Zuversicht und Wachstum und Arbeit zurückkehren. Dies kann nur bei einem Wechsel der politischen Verhältnisse geschehen. Die Bürgerinnen und Bürger haben bei der Landtagswahl hierzu Gelegenheit, dazu beizutragen.

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, die CDU-Fraktion bedankt sich trotz der schlechten Zahlen für die geleistete Arbeit. Die CDU-Fraktion trägt den Haushalt, die vorgeschlagenen Steuersätze und den Stellenplan mit.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.